

Intervention als *ultima ratio*

Frankreich bleibt in Afrika militärisch präsent

Ortwin Ziemer und Séverine Maillot*



Die Afrikapolitik der Regierung Hollande/Ayrault steht bereits auf dem Prüfstand. Immerhin befindet sich der schwarze Kontinent schon seit Monaten im Brennpunkt der französischen Außenpolitik, und das nicht erst seit dem Beginn der französisch geführten Militärintervention am 11. Januar 2013 in Mali zur Befreiung des Nordens des Landes aus den Händen der islamistischen Separatisten (*Aqmi, Ansar Dine*, etc).

Bereits zuvor waren die Franzosen militärisch an der Elfenbeinküste relativ massiv präsent geblieben, um dem demokratisch gewählten Präsidenten und Gbagbo-Nachfolger Alassane Ouattara ihre demonstrative Unterstützung zukommen zu lassen. Hier liegt zumindest auf den ersten Blick eine Kontinuität in der französischen Afrikapolitik seit dem Wechsel im Elysée im Mai 2012, waren es doch die französischen Spezialeinheiten der *Licorne*-Eingreiftruppe gewesen, die zur Amtszeit Sarkozys im April 2011 Ouattaras Vorgänger Lau-

rent Gbagbo in dessen Präsidentenbunker verhaftet hatten.

Als François Bozizé, ursprünglich 2003 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen und also auch nicht gerade ein Modell für nachhaltige Entwicklung in Sachen Demokratisierung Afrikas, Anfang 2013 in Zentralafrika durch Rebellenmilizen in Bedrängnis geriet, da er angeblich Versprechen aus dem bereits etwa zwei Jahre zuvor in einem vorgeblich allgemeinen Konsens eingeleiteten Demokratisierungsprozess nicht eingehal-

Relations France-Afrique

Le candidat Hollande avait annoncé en 2012 que son gouvernement mettrait fin aux interventions militaires en Afrique. Depuis qu'il a été élu président de la République, François Hollande n'échappe pas à la réalité des complexes relations avec les anciennes colonies. En République Centrafricaine, la France fait encore preuve de retenue depuis la chute du régime de François Bozizé (arrivé au pouvoir par un putsch en 2003). Au Mali, c'est la menace des terroristes islamistes qui pousse Paris à intervenir et venir en



aide au président par intérim Dioncounda Traoré, arrivé au pouvoir à la suite d'un coup d'Etat en 2012. Le président français doit désormais convaincre l'Afrique que les interventions militaires sont l'*ultima ratio* de la politique pour sauvegarder ou rétablir la démocratie dans les pays africains et mettre la stabilité et les ressources naturelles au service de la population et pas seulement au service des multinationales françaises et étrangères.

Réd.

* Ortwin Ziemer lebt als Presse-Korrespondent und als Lehrer französischer Europa- und Abibac-Klassen auf Réunion; Séverine Maillot ist Deutschlehrerin an einem Gymnasium in St-Denis (Réunion).

ten hatte, hielt sich Frankreich allerdings vornehm zurück und erklärte sich allenfalls bereit, den schließlich in Zentralafrika zwischen Regierung und Opposition vereinbarten Konsultationsprozess durch die Entsendung von Beobachtern zu begleiten. Vergleicht man dieses Szenario mit demjenigen an der Elfenbeinküste, so scheint die Konstante der französischen Haltung die Messlatte der Demokratie zu sein, die über militärisches Eingreifen oder Nicht-Eingreifen entscheidet. Hält dieses Kriterium auch in Mali stand?

Die gleiche Frage dürfte sich in den nächsten drei Jahren in Zentralafrika stellen. Als Bozizé schließlich am 24. März 2013 durch die *Séleka*-Rebellen gestürzt wurde, hielten sich die mehreren hundert französischen Soldaten in der Hauptstadt Bangui betont zurück und beschränkten sich auf den Schutz der dort lebenden Exilfranzosen. Der Rebellenführer und neue Machthaber Michel Djotodia rief sich selbst zum Übergangspräsidenten aus und kündigte demokratische Wahlen in spätestens drei Jahren an. Sollte er diese Zusage nicht einhalten, müsste Frankreich eigentlich militärisch eingreifen, wollte es der neuen afrikapolitischen Leitlinie Hollandes mit der Einhaltung demokratischer Standards treu bleiben. Zentralafrika wird also neben Mali einer der maßgeblichen afrikapolitischen Prüfsteine in Hollandes erster Amtszeit sein. Ruft man sich in Erinnerung, wie klar sich Frankreich *de facto* auf Madagaskar zurückgehalten hat, wo der Übergangsstaatchef Andry Rajoelina sich seit März 2009 mit der Abhaltung demokratischer Wahlen ebenfalls mehr als Zeit gelassen hat (die nun theoretisch endlich im Mai und Juli 2013 stattfinden sollen), so müsste das Trio Holland/Ayrault/Fabius bzgl. Zentralafrikas oder Malis schon mehr Initiative an den Tag legen, sollte die wirkliche Demokratisierung, in diesen beiden Ländern ebenso lautstark angekündigt wie seinerzeit auf der Roten Insel nach dem Sturz von Rajoelinas autoritärem Vorgänger Marc Ravalomanana, länger als vertretbar auf sich warten lassen.

Quasi zeitgleich zum Beginn des Mali-Einsatzes versuchten hingegen französische Eliteeinheiten durch einen gezielten Hubschrauberangriff auf eine Stellung der islamistischen *Schebab*-Rebellen im Süden Somalias den schon seit

drei Jahren in Geiselnhaft befindlichen französischen Geheimagenten Denis Alex zu befreien, eine Aktion, die mit einem krassen Scheitern und dem Tod der Geisel endete.

Nicht leicht einzulösen

Die Fragen, die sich angesichts des etwas disparat anmutenden Mosaiks der ersten Monate der Afrikapolitik der Ära Hollande stellen, sind zahlreich: Welches sind einerseits die wirklichen Maximen der neuen Außenpolitik Frankreichs in seinem ehemaligen afrikanischen Hinterhof? Lässt sich überhaupt eine klare Linie herauslesen, abgesehen von der akzentuierten Bekundung, die bereits im Präsidentschaftswahlkampf geäußert wurde, sich von der Afrikapolitik der Vorgängerregierung abzugrenzen und den Bruch mit der *Françafrique* endgültig glaubwürdig zu vollziehen? Ist dies möglich, wenn wieder massives militärisches Eingreifen zum Mittel der Politik wird, wenn gleich beteuert wird, dies geschehe auf ausdrückliche Anfrage der afrikanischen Partner und im Namen der Demokratie? Wird Hollande seiner eigenen afrikapolitischen Leitschnur gerecht werden können, die er auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem Amtskollegen, Malis Interimspräsidenten Dioncounda Traoré, am 2. Februar 2013 in der Weltkulturrebe-Stadt Timbuktu nochmals in Erinnerung rief, als er erklärte: *„Wir werden solange in Mali präsent sein wie nötig, um dem Land zu helfen, seine territoriale Einheit und politische Stabilität wiederzugewinnen und sicherzustellen. Dabei setzten wir jedoch auch auf die Hilfe der Truppen der westafrikanischen Partnerländer Malis. Danach werden wir uns zurückziehen und uns nicht weiter in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen. Mali muss sodann aus eigener Kraft den Weg zur Demokratie gehen.“*

Ein löbliches, aber sicherlich nicht leicht einzulösendes Programm, zumal Hollande mit einem seiner wichtigsten Verbündeten im Maghreb, Algerien, in einen Interessenkonflikt geriet, vor allem durch den Einsatz der Luftwaffe und die heikle Frage des Überfliegens seines Staatsgebiets durch französische *Rafale*-Kampfbomber, wobei die Beziehungen zwischen Paris und Algier schon traditionell nicht gerade einfach sind. Zudem scheint

die Jagd auf die inzwischen hauptsächlich in die schwer zugänglichen Ifoghas-Berge im Nordosten Malis geflüchteten *Aqmi*-Terroristen immer mehr die Züge eines Guerilla-Krieges anzunehmen, dem inzwischen bereits französische Soldaten zum Opfer gefallen sind. Der angekündigte rasche Rückzug im Namen der Nichteinmischung könnte bei dieser Entwicklung sehr wohl in Gefahr geraten.

Wird es Hollande gelingen – wenn überhaupt – dem neuem Motto der gleichberechtigten Partnerschaft nur in Frankreichs traditioneller Einflusszone jenseits des Mittelmeers, also in Nord-, Äquatorial- und Westafrika, gerecht zu werden, oder gegebenenfalls auch darüber hinaus? In diesem Kontext fiel die Anmerkung des Historikers François Durpaire ins Auge, der am 4. Februar 2013 in einer Aktuellen Stunde zum Mali-Krieg des Nachrichten-Senders *France 24* die Ansicht vertrat, im Grunde tue François Hollande in Mali nichts anderes (neben einer deutlichen geopolitischen Annäherung an die USA vor dem Hintergrund von deren weltweitem Krieg gegen den Terrorismus) als das afrikapolitische und diplomatische Porzellan wieder zu kitten, das in den fünf Jahren der Amtszeit Sarkozys zerschlagen worden sei. Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen müssen, ob Durpaire mit dieser doch sehr polarisierenden Einschätzung Recht behalten wird oder nicht.

Diskretion und Transparenz

Dass neben den inhaltlichen Akzenten für Hollande im Gegensatz zum medial omnipräsenten Sarkozy auch Zurückhaltung in der Form wichtig ist, zeigte sich bei der Freilassung einer französischen Familie aus der Geiselhaut der hauptsächlich im Norden Nigerias operierenden radikalislamischen Sekte *Boko Haram* Mitte April 2013, die den für den Energieversorgungskonzern GDF-*Suez* in Kamerun arbeitenden Exilfranzosen Tanguy Moulin-Fournier, seinen Bruder, seine Frau und seine vier Söhne zwei Monate zuvor im äußersten Norden des Landes entführt hatte. Hollande verhängte zwar keine Nachrichtensperre, erklärte aber lediglich, es sei kein Lösegeld gezahlt worden, um nicht erpressbar zu werden

und dankte ausdrücklich seinen Amtskollegen aus Nigeria und Kamerun für deren Unterstützung, die maßgeblich zur Befreiung der sieben Franzosen beigetragen habe. Ob eine derartige Diskretion allerdings mit der Transparenz vereinbar ist, die Hollande ebenfalls ankündigte? Immerhin ist der kamerunische Präsident Paul Biya derselbe, der auch dem abgesetzten Potentaten aus Bangui, François Bozizé, Asyl gewährt hat.

All dies dürfte auf Herz und Lunge geprüft werden, will Hollande wirklich glaubhaft mit der Haltung Sarkozys brechen, die sein Vorgänger an den Tag gelegt hatte, als er in seiner afrikapolitischen Programmrede von Dakar im Juli 2007 erklärte, Afrika sei noch immer nicht in die Geschichte eingetreten. Denn es wird nicht genügen, sich von diesem in Afrika noch immer als zynische Arroganz in unseliger Erinnerung gebliebenen Auftreten nur formal abzusetzen, um die *Françafrique* glaubhaft vergessen zu machen. Nur wahrer wechselseitiger Respekt und eben auch inhaltliche Transparenz vor allem in den Wirtschaftsbeziehungen mit einem Kontinent, dessen Bevölkerung sich in den nächsten 50 Jahren fast verdoppeln dürfte, könnte die so oft kritisierte Praxis der postkolonialen Vergangenheit und des politisch-militärischen Auffangnetzes für autoritäre Machthaber gegen vorteilhafte Verträge zur Rohstoffausbeutung wirklich beenden.

Bereits am Tag nach den Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 wurde in Afrika die Wahl Hollandes fast einhellig begrüßt, doch nun wartet der ganze Erdteil auf die Verwirklichung der neuen Zusagen. Sollte Hollande mit seiner Afrikapolitik wirklich glaubhaft punkten wollen, so wird er beweisen müssen, dass der Einsatz militärischer Gewalt als *ultima ratio* der Politik wirklich nur der Bewahrung bzw. Wiederherstellung demokratischer, transparenter und nachhaltiger Regierungsführung vorbehalten bleibt und vor allem nicht die einzige Facette der Palette der neuen Vorgehensweise darstellt. Nur wenn es gerade in Mali gelingt, politische Stabilität und Rohstoffvorkommen (Uran, Gold etc.) wirklich in den Dienst der Bevölkerung und nicht nur französischer und anderer ausländischer Multis zu stellen, kann das neue Programm auch in Zeiten leerer Kassen glaubhaft sein.